

**Offener Brief**

an die Mitglieder  
der Volkskammer der DDR  
und  
des Bundestages der BRD

Brief neu formatiert 1.4. 1996

**Thema:**

**Die Währungsunion und Vereinigung der beiden deutschen Staaten  
als Wohltat oder als Verbrechen gegen die Menschlichkeit  
und Bankrotterklärung der Demokratie**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
bemühte und leidenden Parlamentarier,  
Unheil stiftende Zeitgenossen(innen)!

Die Ohnmacht des Einzelnen in der westdeutschen Parteiendemokratie - die sich unter anderem in Witzen über den CDU-Kanzler Kohl abreagiert, als sei er ein Diktator - ist anders, als sie unter dem SED-Regime war; sie ist aber nicht geringer. Ich selber war eigentlich so weit, noch tiefer in die innere Immigration zu gehen, mich mit 'ner Pulle vor die Glotze zu setzen und mich dann auch widerstandslos verdummen zu lassen, um das kleine Glück der zufriedenen "Sklaven" zu genießen. <sup>1</sup> Leider ist es aber so, daß das Radio in der Werkstatt in den Lärmpausen soviel ökonomischen Unverstand der Politiker und Journalisten verkündet und dadurch mein Widerstandsgeist zuviel Nahrung erhalten hat, um schweigen zu können. Auch geht mir ein Satz aus dem Buch „Das Grundgesetz vom Aufstieg“ von Peter Kafka nicht aus dem Sinn. Er lautet:

**„Schuld trifft den, der etwas verstanden hat und sich dennoch nicht mit aller Kraft einsetzt, um Einsicht zu verbreiten.“**

Und er fügt hinzu: „Es gibt keinen Grund zur Resignation.“

Und ein radiophonischer Bericht von Werra Ganter über Lessing und Mendelsohn unter dem Titel „Der Dichter und der Philosoph“ hat mir wieder verdeutlicht, daß Aufklärung schon immer ein mühsames Geschäft war, wel-

ches von Menschen unter schwierigsten Bedingungen betrieben wurde.

Im „Messe Magazin“, einer Beilage der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 21. März 1990 ist unter dem Namen Christian Schwarz-Schilling (Postminster) ein Artikel „Informationsaustausch wird grenzenlos werden“ veröffentlicht worden. Der Einleitungssatz lautet: „Der gesellschaftliche Wandel von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft vollzieht sich immer rasanter. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, daß Information und Kommunikation für hochentwickelte Volkswirtschaften mehr denn je lebenswichtig sind.“

Ich selber schreibe diesen Brief mit Hilfe eines Personalcomputers, weiß also die Vorteile moderner Kommunikationsmittel zu schätzen. Nur, was nützt die ganze technische Kommunikationshilfe, wenn die inhaltliche Kommunikation nicht nur hinterherhinkt, sondern zurückbleibt. Ich habe den Eindruck, daß die moderne Kommunikationstechnik (einschließlich der Massenmedien) mehr zur Verhinderung von Demokratie als zu ihrer Weiterentwicklung eingesetzt wird.

Wesentliche ökonomische Erkenntnisse aus der Zeit der vorigen Jahrhundertwende über Zusammenhänge von Währung und:

- Konjunktur,
- Verteilung des Einkommens und des Vermögens,
- Völker und Nationalkriege,
- Umweltzerstörung

sind trotz Bestrafung für die Nichtbeachtung mit zwei Welt-, zig regionalen Kriegen, mit Hunger und Minde-

<sup>1</sup> Mit "Glotze" will ich nicht das gesamte Fernsehen herabsetzen, es ist für mich eine wichtige Informationsquelle. Ich meine hier den Mißbrauch des Fernsehens als Droge des Vergessens der eigenen Lage.

rung der Lebensqualität bis heute nicht in die Köpfe und Herzen jener Menschen gelangt, die die Legislative und Exekutive bilden und diese wählen.<sup>1</sup>

Erkenntnisse können und müssen sich aber immer noch in den Köpfen der Menschen vollziehen. Bleibt dieser Erkenntnisprozeß - besonders bezüglich ökonomischer Fragen - aus, dann wird aus Teletex und Telefax leicht Pipifax, und die Wähler legitimieren in den Wahlen ihre Unterdrücker, die sich selber wiederum auf Grund ungenügender Kommunikation als deren Wohltäter mißverstehen.

Am 9. Mai 1990 findet auf der Hannover Messe Industrie ein West-Ost-Symposium statt. Das Thema lautet "Mensch - Natur - Technik / Der Weg Europas ins nächste Jahrtausend - Neue Ansätze des Denkens. Schirmherr ist Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident der BRD. Im einzelnen sollen verhandelt werden: Energiewirtschaft, Landwirtschaft und Industrie, Sozialordnung und Geld und Währung. Da ich es leid bin, mich als Statist für irgendwelche Macher zur Verfügung zu stellen, und das Symposium in der Evangelischen Akademie Loccum (in der Nähe meines Wohnortes) vorbereitet wird, habe ich dort angefragt, ob die geistig-politische Position, die ich mit anderen vertrete und die wirklich neues Denken beinhaltet, in die vorbereitende und in die Hauptveranstaltung eingebracht werden könne.<sup>2</sup> Die Vorbereiter wünschen das nicht. Das Programm des Symposiums wird somit zur Lüge und die Schirmherrschaft des Präsidenten wird zur Abschirmung gegen neue Gedanken mißbraucht. Weizsäcker, der sich für das Zusammenwachsen und gegen das Zusammenwuchern der beiden Deutschländer ausgesprochen hat, fördert somit ungewollt (?) letzteres. Dieser Hinweis ist insbesondere für die Empfänger in der DDR gedacht, die noch nicht genügend gelernt haben, den Schein von der Wirklichkeit in der BRD zu unterscheiden.

Mein Eindruck und meine Erfahrung ist, daß die bundesrepublikanischen Parteien und Parlamente viel mehr Energie und Geld dafür aufwenden, daß bestimmte gesellschaftliche Themen nicht behandelt werden, als für die Suche nach Antworten für brennende Fragen. Es gibt bei uns eine alle politischen Parteien umfassende große Koalition zur Verhinderung einer offenen Ökonomiediskussion. Es ist so, als hätten die Strategen der verschiedenen Parteien und ihrer Flügel Angst, daß eine wirklich offene Ökonomiediskussion ihre ideologisch verbogenen Wahrnehmungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit offenlegen könnte.

In diesen Monaten wird gerne Bezug auf Ludwig Erhard, den ersten Wirtschaftsminister der BRD, genom-

men. Ich denke, kein BRD-Politiker hat das Recht, ihn für den z.Zt. propagierten ökonomischen Schwachsinn (der in teuflischer Weise mit richtiger Programmatik gemixt ist) als Kronzeugen zu benennen. Erhard hat im Gegensatz zu den heute Verantwortlichen Währungsfragen als eine Angelegenheit des ganzen Volkes betrachtet. Die Verhandlung über die Ausweitung des Geltungsgebietes der Deutschen Mark West in einer im geheimen tagenden Kommission ist antidemokratisch und ein Verrat an der Idee der Freiheit. Freiheit hat den Wettbewerb zur Bedingung. In diesem Fall den Wettbewerb verschiedener Lösungsmodelle. Die Gefahr der Einweg-Spekulation - die immer dann besteht, wenn der Staat nicht sachgerecht handelt - ist in diesem Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung.

In der Vergangenheit wurde die Bedeutung des Münzregals - abgesehen von jenen, die es anwandten - für die Sozialökonomie und Verfassung der Gesamtgesellschaft nicht gesehen, oder sie wurde unterschätzt. Auch heute hat sich daran nicht viel geändert. Es ist so, daß die Währungsverfassung neben den bekannten drei Gewalten meist den Rang einer vierten Gewalt hat, die weder demokratisch legitimiert ist noch parlamentarisch kontrolliert wird.

In der Presse vom Wochenende war die dpa-Meldung zu lesen: "Frankreich hat nach mehrjährigem Widerstand dem Bonner Drängen nachgegeben und das Prinzip der Unabhängigkeit einer Europäischen Zentralbank akzeptiert." Und weiter heißt es: "...das europäische Zentralbanksystem und damit auch die künftige EG-Zentralbank sollten unabhängig über Zinssätze und Geldpolitik entscheiden können. ... Wechselkursentscheidungen sollten jedoch der Politik obliegen." Diese Meldung hört sich ohne weitere Erläuterungen der währungspolitischen Zusammenhänge ganz vernünftig an und verleitet dazu, die französische Entscheidung als Erfolg zu feiern. Ein politischer Erfolg ist das französische Einlenken aber nur insofern, als damit die Einsicht dokumentiert wird, daß der unmittelbare Zugriff durch Regierung oder Parlament auf die Notenpresse zur Finanzierung von Staatsausgaben als schädlich erkannt wird. Aber schon die Aufteilung der Kompetenzen bzgl. Geld- und Wechselkurspolitik steckt voller Probleme, die heute schon in der Wirklichkeit studiert werden können. Schon der Gedanke, daß die Wechselkurse anders als frei sein können, verrät währungstheoretische Unkenntnis und das Aufgeben marktwirtschaftlicher Prinzipien. Bedenken wir, daß der Kampf um die Einführung der Demokratie auch immer ein Kampf um die Kontrolle des Staatshaushaltes war, und bedenken wir weiter, daß (nach einer Globus-Grafik) in der BRD Ende 1988 ein privates Geldvermögen von 2,6 Billionen (2.600 Milliarden) vorhanden war und somit 1%-Punkt

1 Ich spreche nicht aus Überheblichkeit und auch nicht, weil ich mich besonders klug finde, sondern mit dem Bewußtsein der eigenen Beschränktheit und dem Risiko des Irrsins.

2 Diese geistige, politische und ökonomische Position wird unter den Begriffen "Natürliche Wirtschaftsordnung" oder "Freiwirtschaftsschule" als Weg zur konsequenten Marktwirtschaft angeboten. Hier wird wissenschaftlich nachgewiesen, wie sich die Ziele des (dezentralen) Sozialismus und des (ausbeutungsfreien) Liberalismus zusammen erreichen lassen.

Inflation, Deflation oder Zinsänderung eine Vermögensübertragung nur für diesen Bereich von 26.000.000.000 DM bedeutet (d.h. die einen werden ärmer, die anderen reicher), dann wird deutlich, daß eine Zentralbank, der man ermöglicht, mit Wirkung für alle Bürger Politik zu machen, einen demokratischen Unterbau erhalten muß. Ich selber plädiere aber dafür, den Zentralbanken die Möglichkeit zur Politik zu nehmen und sie zu Behörden (ohne direkten Zugriff für die Exekutive) zu machen, die sich an parlamentarisch beschlossene, exakt definierte Regeln zu halten haben, deren Einhaltung parlamentarisch kontrolliert wird. (Dieses ist aber erst möglich, wenn sich bessere währungstheoretische Einsichten durchgesetzt haben.)

Ich habe im Oktober 1989 unter dem Titel "Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik" dem Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank einen 31seitigen Brief (mit diversen Anlagen) gesandt in dem ich 42 Hauptfragen mit vielen Unterfragen gestellt habe. Ich habe nicht einmal die Gewißheit, daß der Brief tatsächlich beim Zentralbankrat gelandet ist. Bundesbankpräsident Pöhl läßt Antworten:

"Auf Ihr Schreiben vom 22. 12. 1989 müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß wir trotz Ihres nachdrücklichen Interesses keine Möglichkeit sehen, in eine wissenschaftliche Diskussion über ein "freiwirtschaftliches" kreditpolitisches Konzept einzutreten, wie es schon früher an uns herangetragen wurde. Ihr Konzept steht in einem unübersehbaren Widerspruch zur geldpolitischen Praxis und zu den international anerkannten geldtheoretischen Lehrmeinungen."

Es ist doch klar: Wenn ich (oder die Position, die ich undogmatisch vertrete) keinen Widerspruch anzumelden hätte, wäre es überflüssig, mich an die Bundesbank und die gewählten Vertreter des Volkes zu wenden. Weltweit ist offensichtlich, daß angewandte herrschende geldtheoretischen Lehrmeinungen zu großen ökonomischen Problemen führen und für unzählige Menschen Elend oder Tod bedeuten.

Nebenbei: Der Bundestag unter der Präsidentschaft von Frau Prof. Rita Süßmuth hat mir die von mir eingereichte Kopie des Bundesbankschriftsatzes einfach zurückgeschickt. Besser ist es mir mit einem langen Hintergrundschreiben zu einer Petition, die die Prüfung einer alternativen Ökonomie zum Gegenstand hatte, auch nicht ergangen. Und vom Europaparlament erhielt ich die Antwort: "Sobald der Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik einen Berichterstatte zu den Fragen der europäischen Währungsintegration ernannt haben wird, wird ihn das Sekretariat auf die von Ihnen übersandte Dokumentation aufmerksam machen."

Die DDR-Bürger konnten zum erstenmal frei ein Parlament wählen. Ob eine Chancengleichheit der Kandidaten bestanden hat, soll hier nicht hinterfragt werden. Ob das Parlament selbst frei ist, muß sich erst noch erweisen. Das, was als Filtrat aus den Nachrichten bei mir hängen geblieben ist, ist der Eindruck, daß sich Blinde blinden (westlichen) Blindenführern anvertrauen.

Es wird viel die mögliche schuldhafte Verstrickung von Volkskammerabgeordneten im SED-Stasi-Staat erörtert. Sicher haben diese Fragen ihr eigenes Gewicht. Geschädigte und Verfolgte müssen auf Rehabilitation und Entschädigung hoffen dürfen. Ob aber DDR-Bürger, die sich in der stalinistischen SED-Herrschaftszeit aus allem heraushalten konnten, unbedingt heute die besseren Abgeordneten sind, bezweifle ich. Eher könnte man fordern, daß nur DDR-Bürger, die aktiven Widerstand gegen das SED-Regime geleistet haben, die neue DDR repräsentieren sollen. Ein Parlament sollte aber alle Bevölkerungsteile repräsentieren: die Schurken, die Feiglinge und die Helden. Die Aufarbeitung der Schuld von gestern, die in die Gegenwart hineinwirkt, sollte wirklich nicht zu kurz kommen, sie kann aber nicht eine vordringliche Aufgabe der neuen Volkskammer sein, sondern ist eine solche der Gesamtgesellschaft. Die Volkskammer hat doch damit zu kämpfen, daß sie nicht neue Schuld dadurch produziert, daß sie für die gesellschaftlichen Probleme, die sie zu lösen hat, nur drittklassige Lösungen zuläßt. 40 Jahre Betrug am Volke sind für die Betroffenen genug. Weitere Jahrzehnte am gesellschaftlichem Optimum vorbei sind völlig überflüssig und verbrecherisch. Es macht auch keinen Sinn, die BRD einfach nachzuäffen. Es ist eine Verhöhnung der im Leiden alt gewordenen oder verstorbenen Menschen, wenn dieser gesellschaftliche Umbruch keine gesellschaftliche Höherentwicklung mit mehr individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit und Geborgenheit bringt, als er bislang in Ost und West realisiert wurde.

Die Mehrheit der DDR-Bürger hat sich für eine marktwirtschaftliche Ordnung entschieden. Das ist eine gute Entscheidung. Nur muß eine solche Ordnung auch realisiert werden, ohne daß die BRD als positive Orientierungshilfe dienen kann. Denn was hier reale Marktwirtschaft ist, verhält sich zu der Idee von der Marktwirtschaft so wie der gestorbene realexistierende Sozialismus zur ursprünglichen Idee des Sozialismus. Für die BRD gilt, daß es leicht ist, jene gesellschaftlichen Bereiche zu benennen, die keiner marktwirtschaftlichen Ordnung unterliegen, aber schwer ist, Bereiche zu benennen, die klar marktwirtschaftlich geordnet sind. Unser Wirtschaftssystem entwickelt sich von Anbeginn aufgrund von eingebauten Systemfehlern in Richtung Zentralverwaltungswirtschaft (Kommandowirtschaft), also eine Wirtschaftsform, die die Länder des Osten versuchen zu überwinden. Unsere Parteien, die sich verbal zur Marktwirtschaft bekennen, haben real eine kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft in der Form des Staatsinterventionismus produziert und sie setzen alles daran, diese Form als Vollendung der Idee zu verkaufen und zu konservieren. Die bundesrepublikanischen linken politischen Kräfte haben mit ihrem ökonomischen Unverstand das Geschäft der Konservativen (CDU/CSU, FDP und SPD sind für mich nur verschiedene Varianten) indirekt gefördert.

In den Medien wird es immer von Journalisten, Regierungs- und Parteisprechern so dargestellt, als hätte die DDR keine andere Wahl, als sich der BRD zu deren Bedingungen anzuschließen und als sei keine Zeit mehr da

für vernünftiges Überlegen. Das ist nicht wahr. Genauso wenig wahr ist, daß die jetzige Bundesregierung ein Mandat hat, die Bundesbürger ohne Volksentscheid mit Vereinigungskosten in nicht abschätzbarer Höhe zu belasten.<sup>1</sup> Wobei in diesen Zusammenhängen die Legitimität wichtiger ist als die Legalität, die sich auch eine Diktatur beschaffen kann.

Ich halte Vereinigungsbestrebungen der beiden deutschen Staaten nicht für ein nationalistisches Anliegen. Genauso wenig sind die Bemühungen um ein geeintes Europa (solange die Weltoffenheit gewahrt ist und Osteuropa - zweckmäßigerweise ohne die riesige UdSSR - einbezogen wird) als nationalistisch zu klassifizieren. Wichtig ist dabei aber, daß wir den Zentralismus der Einzelstaaten abbauen und ihn nicht in den europäischen Bundesstaat einbauen. Föderalismus ist - wenn er nicht ein Scheinföderalismus wie in der BRD ist - die richtige Antwort. Im Prinzip spricht auch nichts gegen einen Föderalismus zwischen der BRD und DDR, wenn vorher ein Bündel von Problemen, die eine Ehe von Anfang an belasten und scheitern lassen können, auf beiden Seiten gelöst wird.

Eine Marktwirtschaft auch mit:

- mit eingebauten Kapitalismusschwund,
- mit Vollbeschäftigung,
- Investition ausländischer Unternehmen und Geldanleger und
- offenen Grenzen

können die Menschen in der DDR auch ohne staatliche Vereinigung mit der BRD und ohne Einführung der DM als Währung haben. Wichtig ist nur, daß die DDR ideologisch bedingten Ballast abwirft (Ich habe ihn in meinen beiden Schriften "Darauf kommt es an" beschrieben.) und ein Zahlungsmittel bereitstellt, das währt und funktioniert. Ein solches Zahlungsmittel einzuführen, bedarf keiner genialen Wirtschaftsführer oder eines Notenbankleiters mit Supergehirn, sondern nur der Anwendung einfacher Erkenntnisse. Wenn die DM-Währung so hoch im Kurs steht und doch nur eine der am wenigsten schlechten Währungen ist, dann liegt das eben daran, daß man sich einigermaßen an die Erkenntnis hält, daß der Wert einer Währung vom Verhältnis der umlaufenden Geldmenge zu der im Markt befindlichen Gütern abhängt.

Die Ausdehnung des offiziellen Geltungsbereiches der DM-Währung - verschleiern als Währungsunion beschrieben, was sie nicht ist - halte ich rechtlich und sachlich für mehr als bedenklich.

Im Grundgesetz Art. 88 steht: "Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank." Nach meinem Rechtsverständnis besagt der Artikel auf die heutige Situation angewandt: Erst die Vereinigung von DDR und BRD und dann oder damit die Ausweitung des Geltungsbereiches der DM-West. Wenn das richtig ist, sit-

zen die Verfassungsfeinde nicht in den politischen Extremgruppen, sondern bei uns auf der Regierungsbank.

Die sachlichen Einwände gegen eine "Währungsunion" vor einer ddr-internen Klärung der Währungsverhältnisse sind noch gewichtiger. Der Wert einer Währung hängt nicht davon ab, wieviel Vermögen in einer Volkswirtschaft angesammelt wurden, und auch nicht davon, wieviel Devisen die Notenbank im Tresor oder wieviel Schulden ein Staat hat, sondern - wie schon gesagt - von der umlaufenden Geldmenge im Verhältnis zum aktuellen Volumen der Güter und Dienstleistungen, die im Markt - wenigsten überwiegend zu freien Preisen - angeboten werden.

Wie will die Bundesbank nun die erforderliche Geldmengenausweitung bemessen ohne die Preisniveaustabilität noch mehr als bisher zu gefährden, wenn Märkte und freie Preise sich in der DDR erst zu entwickeln beginnen. Nun soll aber die Bundesbank nicht nur Preise und Gütermengen bei der Ausgabe von Geld für die DDR berücksichtigen, sondern auch noch Ansprüche von DDR-Gläubigern (Sparern) gegenüber DDR-Banken und Versicherungen. (Warum eigentlich nicht jene, die privat ausgeliehen wurden?) Da nun nach den Berichten, die ich gehört und gelesen habe, weder die ausgegebene und noch die umlaufende Geldmenge in der DDR bekannt ist (in einer Globus-Grafik in der HAZ vom 6. 4. '90 ist die Zahl von 17,0 Milliarden Bargeld genannt), aber allgemein angenommen wird, daß ein großer Geldüberhang (Geld, für das im Markt kein Gegenwert in Ware vorhanden ist) besteht, ist jede Nennung eines freien Umtauschkurses spekulativ und ein zwischen den Regierungen der DDR und BRD festgelegter Kurs ein gefährliches unkalkulierbares Experiment, das in der Hauptsache auf Risiko der westdeutschen Wirtschaftsbürger vorgenommen würde.

Hinzu kommt das zusätzliche Risiko, das darin besteht, daß die herrschende Geldtheorie neben dem Bargeld (Noten und Münzen) auch das Buch- oder Giralgeld (die Einlagen auf den Gehalts- und Geschäftskonten) zur Geldmenge zählt. Preisbildend und preisniveaubestimmend ist aber nur das Bargeld. Die Nichtbeachtung der unterschiedlichen Qualität von Bargeld und Buchgeld hat schon nach der Umstellung von der Reichsmark auf die DM zu einem Inflationsschub geführt.

Es sind zwei ganz verschiedene Problemkreise:

a) Die Geldmengenausweitung der DM für die DDR ohne Gefährdung der Preisniveaustabilität in der Bundesrepublik.

Zwei Fragen sind zu klären: 1. In welchem Verhältnis muß das Bargeld der DDR in Bargeld der BRD umgetauscht werden, ohne daß eine Deflation oder Inflation verursacht wird. 2. Soll ein Umtauschverhältnis unab-

---

<sup>1</sup> Nun wird hier in der BRD argumentiert, daß Steuererhöhungen nicht erforderlich sind. Aber finanziert werden müssen die Lasten, sei es durch Lohnverzicht, Neuverschuldung unterlassenen Schuldenabbau oder durch eine Inflation (Finanzierung über die Notenpresse).

hängig davon, in welchem Besitz sich das DDR-Geld befindet, festgelegt werden, oder soll eine Pro-Kopf-Quote definiert werden.

b) Wie sind die Forderungen und Verbindlichkeiten der Gläubiger und Schuldner in der DDR zu bewerten, zu realisieren und zu tilgen. Nach der Meldung aus der oben bereits zitierten HAZ-Meldung haben DDR-Bürger auf DDR-Mark lautende Vermögenswerte in Höhe von 176 Milliarden angesammelt. Wenn man nun dem Sparer ein Umtauschverhältnis von 1 : 1, 1 : 2, 1 : 3 oder ein anderes verspricht, dann muß man die Schuldner in die Lage versetzen, entsprechende Tilgungsleistungen zu erbringen. Wie will man das aber bewerkstelligen? Denn bevor die DDR-Banken den DDR-Sparern zu dem versprochenen Umtauschkurs DM-West auszahlen können, müssen die DDR-Schuldner ihre Tilgungsleistungen mit einem entsprechenden Kursaufschlag aus ihrem DDR-Mark-Einkommen (oder nach der Währungsumstellung aus ihrem DM-Einkommen, das sie unter neuen Bedingungen erwirtschaften müssen) abzweigen. Die Wende und noch mehr eine Währungsumstellung machen eine Revision der alten Kreditverträge erforderlich.

Auch stellt sich die Frage: Was die Ausleihungen der DDR-Banken und Versicherungen aus Sparguthaben an Dritte noch für einen Wert haben. Wohin wurde das Geld der Sparer ausgeliehen? Gibt es verwertbare Sicherheiten? Ist der Schuldner noch existent, noch solvent? Nun könnte man ja sagen, lassen wir das alles. Jeder DDR-Bürger erhält aus Steuermitteln des Bundes eine ansehnliche DM-Summe als Eintrittsgeschenk in die BRD. Dieses aber wäre ohne Volksentscheid in der BRD eine partielle Enteignung der Bundesbürger. Für den Fall, daß diese Mittel mit der Notenpresse der Bundesbank hergestellt würden, würde jener Teil, der über die bei der Ausweitung des Geltungsbereiches der DM erforderlichen pro-Kopf-Geldmengen-Erstaussstattung hinausgeht, inflationär wirken und die Bundesbürger in anderer Weise enteignen und alle geldbezogenen Marktdaten und Verträge verfälschen.

Wenn die DDR-Bürger und die Bürger der BRD von ihren Regierungen nicht betrogen werden sollen, dann macht die DDR erst ihre eigene Währungsreform. Danach hat sie die Wahl:

- a) in eigener Währung erfolgreich weiterzuwirtschaften,
- b) mit der BRD eine gemeinsame Währung einzuführen (bei freien Preisen in beiden Ländern und freien Wechselkursen zwischen den beiden Ländern gibt es keine Bewertungs- und keine Geldmengenbestimmungsprobleme),
- c) die DDR tauscht ihre DDR-Währung gegen die dann wahrscheinlich bestehende Euro-Währung aus oder läßt sie parallel dazu umlaufen.

Es ist auch viel von einem Umtauschkurses der Löhne die Rede. Ich kann mir darunter nichts vorstellen. Die DDR will die Marktwirtschaft. Für eine Marktwirtschaft sind (freie) Preise eine Voraussetzung. Löhne sind Preise für Arbeitsleistungen. Regionale Lohndifferenzierungen

gibt es durchaus in einer Volkswirtschaft. Die Differenzen können um so größer sein, je geringer die Mobilität der Arbeitnehmer und Unternehmer ist. Die Löhne können bei offenen Grenzen zwischen DDR und BRD aber nicht total auseinanderdriften, weil es eine Abweichungsgröße gibt, bei der ein Ab- bzw. Zuwanderungsdruck einsetzt, der das unterschiedliche Lohnniveau zur Angleichung zwingt. Statt Gedanken um Umtauschkurse für Löhne - die sich von selber regeln - sollte man sich solche um die künftige Aufteilung des Volkseinkommens zwischen dem Kapital und der Arbeit machen.

Wobei zur Arbeit auch die Unternehmertätigkeit gehört und zum Kapital auch die Geldvermögen der Arbeitnehmer. Hier liegt ein wirklicher ökonomischer Knackpunkt, der immer wieder eifrig verdeckt wird, damit er nicht öffentlichkeitswirksam auffällig wird. Der theoretische und angewandte Marxismus war ja der Versuch, hier eine Antwort zu geben. Die leidvollen Ergebnisse sind ja hinlänglich bekannt. Das Problem besteht aber trotzdem weiter. Marktwirtschaft bedeutet freien Leistungsaustausch. Leistung im ökonomischen Sinne kann aber nur der Mensch erbringen. Folglich bleibt die brennende Frage: Wie schaffen wir es, daß die Produktionsmittel ihren Kapitalcharakter und damit ihren ökonomischen Herrschaftsanspruch verlieren und die Arbeit nicht länger tributpflichtig machen können?

Die Sozial-Union ist ein Begriff, der verschleiert, daß via Staat Eigentumsrechte manipuliert werden sollen und daß das westdeutsche soziale Sicherungsnetz ebenfalls zentralistisch und damit antiföderativ, antieuropäisch ist. Unser Sozialminister bildet sich ein, unser Rentensystem sei besser, weil es nicht Teil des Staatshaushalts ist. Er vergißt, daß westdeutsche Sozialpolitik ebenfalls vorrangig staatliche Eingriffe in die Eigentumsrechte der Arbeitnehmer bedeuten. Nicht einmal die Gewerkschaften begreifen, daß die Sozialversicherungen - Versicherungen gegen die ökonomischen Risiken der Arbeitnehmer - Teil der Ökonomie der Arbeitnehmer sind. Daß hier eine ständige Entmündigung der Arbeitnehmer wie in totalitären Staaten stattfindet, wird geflissentlich übersehen. Kein Unternehmer würde sich solche Eingriffe in seine Ökonomie gefallen lassen. Auch ist unser Sozialversicherungssystem - wie vielfach angenommen wird - kein kollektiver Beitrag zur Lösung des Kapitalismusproblems. Einiges spricht dafür, daß unser Sozialversicherungssystem nur in der Lage war, heftige aber kurze Kapitalismuskrisen in eine chronische umzuwandeln. Und dem BRD-Sozialminister Norbert Blüm möchte ich noch einen Satz mit auf dem Weg geben, der die Schlagzeile eines Artikels zur Strukturreform im Gesundheitswesen bildet:

**"OPAS SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM WIRD SCHEITERN".**

Der Artikel ist aus der Welt am Sonntag vom 16. 7. 1989 und stammt von Prof. Rudolf Jansche, Geschäftsführer der ICI Pharma und vermutlich politisch der CDU nicht fern.

Die Übernahme des westdeutschen Sozialversicherungssystems ist für die DDR-Arbeitnehmer kein Fortschritt,

allenfalls eine momentane finanzielle Verbesserung ihrer Lebensituation. Wenn diese Übernahme zwangsweise aus dem Arbeitseinkommen der westdeutschen Arbeitnehmer finanziert wird, haben wir es auch hier mit einer partiellen Enteignung zu tun. Dies ist der denkbar schlechteste Weg, um den Arbeitnehmern in der DDR zu helfen. Wie ich in "Darauf kommt es an!" dargestellt habe, kommt es darauf, daß in der DDR das Kollektiveigentum (bis auf das Bodeneigentum) liquidiert und individuell pro Kopf verteilt wird.

In der Bundesrepublik ist die Vermögensverteilung bisher genausowenig an das Leistungsvermögen der arbeitenden Menschen gekoppelt wie in der DDR. Während bei uns der Zinsmechanismus, fixierte Wechselkurse, Subventions- und Steuerpolitik für eine verzerrte individuelle Teilhabe am Volksvermögen gesorgt haben, ist in der DDR doch den Arbeitnehmern von vornherein nur ein Teil der Gegenleistung für ihre Arbeitsleistung ausgezahlt worden. Wenn den DDR-Menschen zu ihrer Rente noch ein nach Arbeitsjahre gewichtetes, individuelles, frei verwertbares Eigentum am Volksvermögen gegeben wird, dann werden sie sich ganz gut stellen, ohne daß die westdeutschen Arbeitnehmer bestohlen werden müssen. Wem das zu hart klingt, der muß sich nur mal das Gezeter vorstellen, wenn der Bundestag beschließen würde, daß westdeutsche Unternehmen in der DDR zu investieren haben, ohne dadurch Eigentumstitel an den betreffenden Unternehmen zu erhalten.

So wie die Dinge jetzt laufen, gilt: Hohe Rendite für das in der DDR anlagensuchende Kapital und hohe Kosten zu Lasten des westdeutschen Arbeitseinkommen für die Umweltreparaturen und die Erneuerung und Ausweitung der Infrastruktur. Ich denke, aus westdeutschem Arbeitseinkommen können durchaus Mittel in die Entwicklung der DDR fließen, aber nicht à fonds perdu, sondern als zinslose, kaufkraftgesicherte Darlehen, denen man einen Anreiz dadurch verschaffen könnte, daß sie mit einer Risikoversicherung ohne Gesundheitsprüfung verbunden und somit zu einem zusätzlichen Instrument sozialer Absicherung von BRD-Bürgern werden.

Die beste soziale Absicherung gegen Arbeitslosigkeit ist nicht eine Arbeitslosenversicherung (siehe dazu meine Anmerkungen in "Darauf kommt es an!"), sondern eine Vollbeschäftigung. Die Voraussetzung einer Vollbeschäftigung ist, daß alle Einkommen ohne Rücksicht auf die Rendite und spekulative Kassenhaltung unmittelbar wieder zur Nachfrage werden. Die bisher angewandten Umlaufsicherungsmittel sind der Zins und die dosierte Inflation. Beide Mittel stiften per Saldo aber mehr Schaden als Nutzen. Es geht also darum, endlich eine konstruktive Umlaufsicherung des Geldes einzuführen. Eine solche simple aber wirksame Umlaufsicherung des Geldes hat unübersehbare, positive Auswirkungen für die Einzelmenschen und ihre Gesellschaft.

Nicht nur im Hinblick auf die Umstellungsschwierigkeiten ist dieses Thema wichtig, sondern auch im Hinblick auf die hohe Arbeitslosigkeit in der BRD und die Furcht

vor zusätzlicher Arbeitslosigkeit durch die Entspannungspolitik. In einer Meldung in der HAZ vom 31. März 1990 heißt es: "Betriebsräte deutscher Rüstungsunternehmen sehen durch die Entspannungspolitik 250 000 Arbeitsplätze in der Wehrtechnik und 1,2 Millionen Stellen bei Zulieferern und im Dienstleistungssektor gefährdet." Hinzu kommen die "gefährdeten" Arbeitsplätze durch Truppenreduzierungen.

Eine andere potentielle Ursache für künftige Arbeitslosigkeit in der DDR droht im Falle einer Währungsunion dadurch, daß die Kaufkraft, die danach in der DDR entsteht, in die BRD (nach Westdeutschland) wandert und dadurch eine Unterbeschäftigung der DDR-Region hervorruft. (Siehe dazu den Artikel "Währungsunion produziert Arbeitslosigkeit" von Dr. Ernst Heuß aus der FAZ vom 17. 3. 1990 ~~in der Anlage~~.) Ich kann mich erinnern, daß in der Vergangenheit die gleichen Probleme für West-Berlin bestanden haben. Der verstorbene Währungsfachmann, Karl Walker, hat damals als Gegenmaßnahme auf eine umlaufgesicherte Bären-Mark hingewiesen. Vielleicht ist die Zeit heute reifer für die Idee einer konstruktiven Umlaufsicherung.

Bevor ich abschließend auf die Frage eingehe, ob wir eine neue Verfassung für die vereinigten deutschen Staaten benötigen, noch eine Anmerkung zum Bodeneigentum. Die Niedersächsische Staatskanzlei hat sich von den Doktoren G. Fels, O. Vogel und H.-P. Fröhlich ein Gutachten über die "Sozialverträgliche Ausgestaltung der deutsch-deutschen Währungsunion" erstellen lassen. (Tag der Übergabe 12.3. '90.) Darin wird als Voraussetzung einer Währungsunion die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR als unabdingbar beschrieben. Das sehe ich auch so. Für die Einführung der Marktwirtschaft wird ein Mindestpaket von Maßnahmen beschrieben. Hier will ich an zwei Stellen einhaken. Es heißt dort:

"- Unbeschränkte Zulassung von Privateigentum, auch für Ausländer. ..." und weiter unten

"- Etablierung eines funktionsfähigen Bodenmarktes. "

Aus meiner marktwirtschaftlichen Sicht müßte der erste Spiegelstrich wie folgt ergänzt werden:

"Gegenstand von Privateigentum kann nur sein, was der Mensch durch Arbeitsleistung schaffen kann."

Der wiedergegebene Anfang des weiteren Spiegelstriches müßte folgende Fassung bekommen:

"- Etablierung eines funktionsfähigen Marktes für Bodennutzungsrechte."

Dies sind kleine, aber wesentliche Unterschiede, die zu beachten sind, wenn eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus entwickelt werden soll.

Der BRD-Bundeskanzler findet das Grundgesetz und die realen Verhältnisse in der BRD wohl in Ordnung, so daß für ihn die einfachste Lösung wohl eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten der Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 GG ist. Und es gibt ja nicht wenige, die genauso denken.

Zu bedenken ist aber:

Erich Honecker fand vermutlich die alte DDR-Verfas-

sung und die DDR-Wirklichkeit auch in Ordnung. Da ganz unterschiedliche gesellschaftliche Zustände als in Ordnung empfunden werden können, ist es doch zweckmäßig, Kontrollfragen zu stellen. Diese Kontrollfragen werden zwangsläufig in den Vereinigungsprozeß eingebaut, wenn der Zusammenschluß nach Artikel 146 GG vorgenommen wird.

Auch wenn das Grundgesetz nicht zu leugnende Qualitäten hat, darf nicht vergessen werden, daß es Menschenwerk und nicht Gotteswerk ist und jede neue Generation das Recht hat zu entscheiden, ob die jeweilige Verfassung als ihre Gesellschaftssatzung gelten soll oder nicht.

Auch darf nicht vergessen werden, daß das GG nicht durch eine Volksabstimmung angenommen wurde, daß die Gültigkeit letztlich ein Gnadenakt der Besatzungsmächte war. Und nach meinem Eindruck war auch das schlechte Gewissen jener Demokraten, die Weimar mit scheitern lassen haben, Mitgestalter des GG. Weimar liegt weit zurück, und die Verfassungsgebende Versammlung schon über 40 Jahre. Gründe, um zu überprüfen und neu zu entscheiden.

Nach meiner Einsicht muß z.B. die Gewaltenteilung und die Rolle der Parteien klarer definiert werden.

Es ist viel die Rede davon, daß wir eine europäisches Deutschland wollen und kein deutsches Europa. Es ist wohl eine Redewendung von Thomas Mann. Wenn sie gelten soll und nicht nur als Schlagwort, dann muß sich das in der Verfassung widerspiegeln. Es muß z.B. möglich sein, daß französische, dänische oder polnische Schulen in Deutschland eröffnet werden können, ohne daß mehr als allgemeine Strafgesetze zu beachten sind.

Der Generalsekretär der BRD-CDU Volker Rühle hat am 25. März d.J. gesagt, daß den Bundesbürgern nicht zuzumuten ist, eine neue Verfassung zu akzeptieren. Ein Parteisekretär muß immer etwas sagen, auch wenn er nichts zu sagen hat. Dadurch hat er vielleicht nicht bemerkt, daß sein Satz beinhaltet, daß den Bundesbürgern die Demokratie nicht zuzumuten ist.

Ich habe einen schlimmen Verdacht: Ich vermute, daß die politischen Kräfte, die soviel das Wort "Freiheit" in den Mund nehmen, Angst davor haben, die Bürger könnten die Freiheit nutzen, um sich anders zu entscheiden, als es von ihnen erwartet wird.

Ich selber empfinde die Vereinigung über den Artikel 23 GG als eine Art Machtergreifung oder Machterhaltungsmaßnahme der hinter dieser Forderung stehenden politischen Parteien, deren Mitglieder nur eine kleine gesellschaftliche Minderheit darstellen, auch wenn sie ihre Parteien als groß empfinden.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog hat nach einer Zeitungsmeldung vom 29. März d.J. davor gewarnt, angesichts der bevorstehenden Vereinigung über die im Grundgesetz enthaltenen Freiheits-

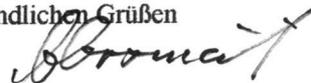
rechte neu zu diskutieren. Sicher, die Geschichte lehrt, daß politische Diskussionen und Entscheidungen auch Rückschritte bringen können. Ich habe in anderen Zusammenhängen schon den Bischof Nicolaus Oresme (1325-1382) aus dem "Traktat über Geldabwertungen" zitiert. Es heißt beim ihm:

"Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor." Denn es wird befürchtet, daß mit leichtfertigen Gesetzesänderungen ihre Autorität und die Ehrfurcht vor Ihnen verloren gehen. Ich denke, Ehrfurcht und Autorität sind schon verloren gegangen, weil Gesetze heute ein Massenartikel sind. Die Notwendigkeit einer neuen Verfassung betrachte ich als gegeben und ebenso die Chance, die Verfassung wesentlich zu verbessern. Bezüglich der Grundrechte ist noch zu vermerken, daß diese in der Verfassung ja nur einen deklamatorischen Charakter haben. Sie sind Naturrecht, unmittelbar mit der Existenz des Menschen verbunden - wenn auch nicht immer bewußt und oft vorenthalten. Die Grund- und Freiheitsrechte stehen also gar nicht zur Disposition. Aber um diesen Rechten mehr Leben zu verleihen, sollten sie schon erläutert werden, damit nicht die Gerichte ein Monopol behalten, sie zu interpretieren. Ich meine z. B., daß der Schulzwang für Kinder nicht mit der Würde des Menschen vereinbar ist.

Gerade der GG Artikel 1 "Die Würde des Menschen ist unantastbar. ..." zwingt uns dazu, über eine neue Verfassung nachzudenken (und nicht nur darüber), denn diese "Würde", die gekoppelt ist an den Einzelmenschen als Subjekt, ist doch immer mehr zu einer abstrakten, nichtssagenden Norm geworden, weil uns das Grundgesetz nicht davor geschützt hat, vorwiegend nur noch als Objekt der Politik vorzukommen.

Ein langer Brief. Ich hoffe er findet seine Leser(innen).

Mit freundlichen Grüßen



(der Erstschrift beigelegt)

Anlagen: Fotokopien der Leserbriefe "Währungsunion produziert Arbeitslosigkeit" und "Was gegen den Weg über den Artikel 23 spricht" aus der FAZ vom 17. März 1990

(ursprüngliches, nicht mehr gültiges Angebot)

Angefordert werden können von mir gegen Portoerstattung, soweit der Vorrat reicht:

"Darauf kommt es an! - Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR - gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung - für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"

"Darauf kommt es an!" II

"Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik"

# espresso

Rundbrief der Mackay-Gesellschaft,  
Nummer 2/3, April 1995

## INHALT:

Editorial

Tristan Abromeit:

Argumente gegen das Modell der konkurrierenden Währungen.

Jörn Zübe:

Kritische Anmerkungen zum Beitrag von Tristan Abromeit.

Laurance Labadie:

Geldemission und Freiheit.

Rudof Rocker:

Über den Begriff des Kleinbürgers.

Uwe Timm:

Arbeitslosigkeit - ein unabwendbares Schicksal?

Gerhard Senft:

Der Anarchismus, sein Feuerschuh und die Metaphysik der Windsandale.

Pierre Ramus' Thesen zur Kritik am Marxismus.

Jochen Knoblauch:

Buchrezension: Dipl.-Ing. A. Narcho; Stell dir vor es gibt Arbeit für alle und keiner geht hin.

Thomas Müller:

Buchrezension: Heinrich Nuhn; August Spies - Ein hessischer Sozialrevolutionär in Amerika.

A.S.:

Zu unserem Selbstverständnis.

# espresso

Rundbrief der Mackay-Gesellschaft,  
Nummer 4/5, Oktober 1995

## INHALT:

Ulrich Klemm:

Kinderrechtsbewegung

Thomas Müller:

Aberglaube an den Staat

A. Anarquillo:

Freiwirtschaft und Anarchismus

André Siegenthaler:

Dem Rufmord Paroli bieten - eine libertäre Sache

Uwe Timm:

John Henry Mackay

Hubert Kennedy:

Einige Persönlichkeiten in Mackay's „Anarchisten“

Tristan Abromeit:

Währungen / Entgegnungen an J. Zübe

Lutz von Löhöffel:

Von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung

Bernd A. Laska:

Stirner

Klaus Falke:

Wirtschaftsringe

u.a.

## Redaktion & Abo:

Uwe Timm

Wulmstorfer Moor 34 b  
21629 Neu Wulmsdorf

Postgirokonto Hamburg Kto.Nr.

0253827-207

BLZ 200 100 20

(Uwe Timm)

ABO für 5 Ausgaben:

20,00 DM

Einzelpreis (incl. Porto)

4,50 DM (in Briefmarken)

## Tristan Abromeit

### Argumente gegen das Modell der konkurrierenden Währungen - vom Vor- und Nachteil der Aktionen im Währungsbereich.

Ich selber gehöre zu denen, die jetzt schon Jahrzehnte "predigen", Freiwirtschaft nicht nur als Ersatzreligion oder als Freizeitbeschäftigung höherer Niveaus auf wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gebiet zu betreiben, sondern sie als Auftrag zum praktischen Handeln zu verstehen. Daher finde ich auch die LET-Systeme (Tauschringe) in Ordnung, wenn auch nicht überschrieben werden darf, daß es sich hierbei in der Regel um die Organisation von Schwarzarbeit handelt, und daß Gewerbetreibende die unter "legalen Bedingungen" arbeiten, aus den Markt geworfen werden können, weil sie aufgrund einer höheren Kostenbelastung einen Wettbewerbsnachteil haben. Ich kritisiere damit nicht die Schwarzarbeit; diese zu bekämpfen ist so sinnlos wie der Versuch, das Fieber durch Manipulation des Thermometers zu senken.

Ich selber habe in einer Arbeit zur Verfassungsdiskussion (die leider nicht stattfindet) ein Grundrecht auf individuelle privatrechtliche Selbstorganisation der Wirtschaft und der Währung für den Fall gefordert, daß staatliche Wirtschafts- und Notenbankpolitik nicht den Rahmen und die Voraussetzungen für eine freiheitliche und sozial gerechte Ökonomie mit Erwerbschancen für alle schafft. Dieses Grundrecht müßte nicht erst nach langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen in Kraft treten, sondern automatisch bei Abweichung

wichtiger wirtschaftlicher Daten von gesellschaftlich definierten Sollwerten (Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung, Streuung der Einkommen und Vermögen entsprechend der Streuung der Fähigkeiten der Wirtschaftsteilnehmer) nach Ablauf einer vorher festgelegten Frist.

Die regen Aktivitäten im Bereich der Tauschringe (ob sie nun LET, Talent oder auch anders benannt werden) und das Presseecho aufgrund des künstlerischen, praktischen Knochengeldexperimentes in Berlin war doch endlich ein Regen, der die Freiwirtschaftler auf den langen Weg durch die Wüste der Ignoranz für einen Moment labte. Es bleibt ein Unterschied, ob Aktionen und Selbsthilfversuche auf ein Problem aufmerksam machen wollen oder ob sie beanspruchen, die anstehenden im Währungsbereich wurzelnden wirtschaftlichen Probleme lösen zu können. Wenn mich jemand fragt, ob er bei einem Talent- oder LET-Experiment mitmachen soll, weil er etwas über das Wesen Geld in Erfahrung bringen will, dann rate ich ihm zu. Ich kann ihm auch noch sagen, daß ein solches Talentsystem eine Gemeinschaft ist, deren Mitglieder sich gegenseitig in ihrer Ökonomie (in der Regel durch Einschränkung der Wirtschaftspartnervwahl, durch Verzicht auf marktübliche Standards, Erschwernisse und interne Subventionen) fördern können. Darüber hinaus können alternative

Tausch- oder Zahlungssysteme dazu beitragen, daß ein neues Bewußtsein über die Notwendigkeit einer neuen Währungsverfassung entsteht. Die Aktionen aber, die nicht auf politischen, sondern auf konkret wirtschaftlichen Erfolg der Teilnehmer ausgerichtet sind, müssen mehr oder weniger blind an ihren Erfolg glauben, um die notwendige Ausstrahlung und Schubkraft zu erreichen.

Ein blinder Glaube an die Möglichkeiten der alternativen Zahlungssysteme ist aber nicht angebracht. Die alternativen Zahlungssysteme lösen nämlich nicht das Problem der Geldwertstabilität, der Vermögenskonzentration aufgrund des Zinsses und sie lösen auch nur bedingt das Problem der Unterbeschäftigung. Der erwartungsvollen Hoffnung muß - wenn nicht zwischenzeitlich der Weg zu einer wirklichen Problemlösung eingeschlagen wurde - eine maßlose und lähmende Enttäuschung folgen. Auch ist es nicht so, daß die Beschäftigung mit solchen Modellen den Suchenden in jedem Fall aus dem währungstheoretischen Labyrinth führt. Karl Walker konnte z.B. Werner Zimmermann nicht vermitteln, daß der älteste bestehende Wirtschaftsring (in der Schweiz) weder Geld noch Kredit schöpfen, noch den den Zins real auf Null senken kann. Vor wenigen Jahren wiederholte sich diese Situation zwischen Helmut Creutz und Dieter Suhr in Bezug auf Suhrs Modell *Neutral-Geld* (oder *Oeconomia Augustana*). Ein Teil dieses Themenkomplexes, der sich mit der Frage befaßt, ob die Banken Buchgeld schöpfen können und ob Buchgeld (Giralgeld) überhaupt Geld ist, wird in der Zeitschrift *Der Dritte Weg* abgehandelt. Es ist ein mühsamer Klärungsprozeß, weil es viele Erkenntnisfallen gibt. Er ist auch emotionsgeladen, weil jede Seite von der anderen annimmt, daß ihr gläubiges oder

dogmatisches Denken sie von der besseren eigenen Einsicht abhält. Die Klärung dieser Fragen ist nicht nur für die praktische Währungspolitik und für eine fundierte Durchsetzungsstrategie von Bedeutung, sondern auch für die Anarchisten. Wenn Banken Giralgeld schöpfen können und Buchgeld Geld ist, dann muß der Staat wesentlich mehr in privatrechtliche Beziehungen der Bürger eingreifen, als wenn das nicht der Fall ist.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Probleme des Modells der konkurrierenden Währungen angesprochen werden. Geht es bei alternativen Zahlungssystemen um Problemlösungen durch Ergänzungsmaßnahmen zu einer bestehenden Monopolwährung, so geht es beim Modell konkurrierender Währungen in einem Wirtschaftsraum (einer Volkswirtschaft) darum, bestehende Währungsprobleme durch den Wettbewerb unterschiedlich konstruierter Währungen zu beheben. Wenn eine bestehende Monopolwährung den Ansprüchen an eine Währungsverfassung überhaupt nicht mehr gerecht wird, dann braucht dieser Wettbewerb gar nicht geplant zu werden, er entsteht sozusagen von selbst. Beispiele: Reichsmark -Zigarettenwährung nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland West, und Fremdwährungen als Parallelwährungen in den ehemaligen Ostblockstaaten.

Wir freiheitlich ausgerichteten Menschen unterschiedlicher Prägung fordern zu Recht, möglichst überall den Wettbewerb dafür sorgen zu lassen, daß sich die besten Verfahren, Institutionen und Produkte durchsetzen. Dieses Prinzip ist sicher auch anzuwenden in der konzeptionellen Arbeit zur Schaffung der besten Währungsverfassung. In einem Wettbewerb der Güter stehen auch die verschiedenen Währungsverfassungen der ver-

schiedenen Volkswirtschaften. Kann man nun aber auch in einem Wirtschaftsraum verschiedene Währungen praktisch miteinander konkurrieren lassen, damit sich die beste durchsetzen kann?

Meine Bedenken:

Auch wenn die nationalsozialistische Katastrophe in Deutschland in der Zeit unserer Eltern und Großeltern viele Ursachen hatte, der Verbrecher Hitler konnte sich nur deshalb als "Erlöser" anbieten, weil zu viele Deutsche in Folge der Währungsplüschereien der Demokraten nach dem ersten Weltkrieg ökonomisch verelendet waren. Ein Währungsgroßexperiment, das in das Leben von über 80 Millionen Menschen eingreift und schon in der theoretischen Konzeption erhebliche Mängel hat, kann (muß nicht automatisch) für unser Volk und Europa eine weitere Katastrophe, wie sie die Naziherrschaft war, bedeuten. Ich unterstütze mit dieser Aussage nicht jene Leute, die mit dem Ruf "Keine Experimente" ihre Herrschaft sichern wollen, sondern mahne zur Vorsicht.

Das Geld hat nicht seinen Wert dadurch, daß der Staat sagt, "Diese bedruckten Zettel sind in unserem Staat das gesetzliche Zahlungsmittel", und es hat auch nicht seinen Wert durch einen inneren oder durch seinen Stoffwert. Das Geld erhält seinen Wert durch seine Funktionen. Diese Funktionen sind: Ermöglichung und Erleichterung des Güter- und Leistungsaustausches und seine ziffermäßige Bewertung. (Die Wertaufbewertungsfunktion, die es heute auch noch hat, ist in Wirklichkeit eine Disfunktion, sie konterkariert die Tauschfunktion und erschwert die Bewertungsfunktion). Seine Funktionen kann das Geld dann am besten ausüben, wenn es preisniveaustabil ist und konstant umläuft. Das heißt, die Währungsverwaltung darf we-

ten. Gold und Silber waren in diesen Zeiten nicht nur Geld, sondern gleichzeitig Produkte, die zu produzieren genauso der Anstrengung bedurften wie andere Waren. (Die unterschiedliche Anstrengung zur Gewinnung drückte sich in unterschiedlichen Preisen aus.) Diese Währungen haben sich aber als unbefriedigend bis verheuernd erwiesen, weil die jeweils umlaufende Edelmetallmenge selten dem Gütervolumen angepaßt werden konnte. Die Edelmetalle wurden zudem mit andauernder Konjunktur ver-schätzt und lösten dadurch Deflationskrisen aus. Wollte man eine wachsende Wirtschaft, mußte man, um dies von der geldlichen Seite her zu ermöglichen, erst einmal Gold und Silber beschaffen. Wenn man es nicht hatte und auch nicht fördern konnte, war man gezwungen Kriege zu führen, Eroberungen zu machen.

Das Problem, daß allgemein und auch von den Verfechtern des Modells der konkurrierenden Währungen zu wenig beachtet wird, ist - wenn man den Diebstahl nicht durch die Hintertür legalisieren will - daß das Geld Ansprüche auf Güter darstellt, die im Markt sind. Niemand darf nun von der Geldseite hergehen in die Lage versetzt werden, Güter aus dem Markt abzurufen, ohne vorher eine Gegenleistung erbracht zu haben (Schenkungen und Übertragungen bleiben dabei außeracht). Im Modell der konkurrierenden Notenbanken dürften die beteiligten Institute jeweils nur soviel Geld in den Umlauf bringen, wie sie eigene Ansprüche an den Markt nicht abgerufen haben. Notenbanken sollen aber von ihrer Funktion her gesehen keine Produzenten sein und können folglich auch gar nicht auf eine Güterentnahme vom Markt verzichten. Das ergibt Komplikationen noch und noch. Die Preisni-

veaustabilität in einem Wirtschaftsraum wäre nur noch als Durchschnittspreisniveaustabilität aller Währungen mit möglichen Abweichungen der Einzelwährungen zu messen.

Beispiele hinken bekanntlich. Ich will aber trotzdem versuchen, einen Aspekt des Komplexes mit einem solchen zu verdeutlichen: Man stelle sich vor, die Bundesbahn erlaube den Reisebüros für das von Bahnkunden in den Schließfächern und der Gepäckaufbewahrung abgelegte Reisegepäck gegen eine Gebühr oder meistbietend neben den von der Bahn an die berechtigten Reisenden herausgegebenen Gepäckaufbewahrungsscheinen und Schlüssel noch Gepäckherausgabescheine auszustellen. Wir hätten, so wird man mir zustimmen müssen, auf oder in jedem Bahnhof, wo diese Regelung eingeführt würde, Aufruhr.

Es ist für jeden, der den Wettbewerb als die Kehrseite der Medaille Freiheit erkannt hat, ärgerlich, eingestehen zu müssen, daß es doch einzelne Bereiche gibt, wo monopolistische Lösungen ohne direkten Wettbewerb zweckmäßig sind. Aber wo immer es möglich ist, sollten Monopole an Bedingungen geknüpft oder dem indirekten Wettbewerb ausgesetzt werden. Das Gesetzgebungsmonopol des Staates sollte z.B. dem Wettbewerbsdruck einer Volksgesetzgebung ausgesetzt werden. Das Gewaltmonopol des Staates muß sich an dem Gewaltmonopol anderer Staaten aber auch an dem Faustrecht messen lassen.

Die Währungsverfassung muß sich an ihren Ergebnissen und an der allgemeinen Verfassung des Landes messen lassen in dem sie gilt. Nach meiner Ansicht steht die Verfassung der deutschen Währungsleitbildern von Demokratie und freier Gesellschaft. Ordnungspolitisch gesehen

ist unsere Bundesbank mit der Deutschen Mark ein unvollendetes und unbefriedigendes Werk, auch wenn sie einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen braucht. Aber jedes Währungsmonopol muß rechtlich und funktional gefaßt werden, daß Erkenntnisse aus der Wirtschaftspraxis mit einem zeitlichen Sicherheitsabstand in ihm wirksam werden können. Betrachtet man die theoretischen und politisch-praktischen Schwierigkeiten, die mit Währungsfragen verbunden sind und ihre Ausstrahlungen in alle gesellschaftlichen Bereiche, so sind die Menschen fast zu bedauern, die sich die Währung als Arbeitsfeld ausgesucht haben. Die FreiwiInnen sind solche bedauernswerte Wesen. Sie sollen gleichzeitig AktionistInnen und skeptische AnalytikerInnen sein. Sie sollen nach jedem politischen Strohhalme greifen und gleichzeitig jeden politischen Fehlgriff meiden. Sie sollen Detailkenntnisse bis

in die kleinste Verästelung des Geldwesens haben und sich genauso in allen Teilordnungen und ihre Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) einer noch zu realisierenden freien Gesellschaft auskennen. Die einzelnen FreiwiInnen sind damit natürlich überfordert. Die Haltung, die diese ständige Überforderung sicher bei vielen erzeugt, würde ich als trotzig-resignativ bezeichnen. Die Aktivitäten von manchen freiwirtschaftlichen Leuten haben daher den Charakter von Jenseitigem, wie bei jenen Christen, die nichts mehr für diese Welt erwarten. Aber: Der Waldbauer muß für die Zeiträume mehrerer Generationen planen und wirken. Derjenige der an einer freien und gerechten Gesellschaftsordnung mitwirken will, muß ebenfalls generationsübergreifend denken und hoffen, daß die Zahl der Mitwirker wächst, damit eine inhaltliche Arbeitsteilung möglich wird.

Jörn Zube

## Kritische Anmerkungen zum Beitrag von Tristan Abromeit: Argumente gegen das Modell der konkurrierenden Währungen.

Zur Kapital- und Eigentumsfreiheit gehört natürlich auch die Freiheit unter sich alle Arten von Systemen und Freiheiten und Rechten anzuwenden durch die man z.B. vereinbarte Zinssätze flexibel macht, zu Anteilen am Ertrag, sie beständig auf einer vereinbarten Höhe hält, von Geldwertchwankungen unab-

noch 8-9% Arbeitslosigkeit und ca. 2-3% Inflation.

Nicht nur eine neue Währung ist erforderlich - sondern so viele wie Leute wollen, alle für sich und ihre Verträge.

Alternative Zahlungsmittel lösen doch das Zinsproblem für Umsatzkredite, dadurch daß sie diese Kosten auf Verwaltungskosten und Risiko zurückführen und nebenbei verringern sie auch Absatzkosten, wie Werbungskosten, dadurch, daß sie Dienstleistungen und Waren automatisch in Abholschulden verwandeln. Abgesehen von Geldsammelern, ist der Absatz gesichert, entsprechend der ausgegebenen Geldmenge und für ihren Geltungstermin.

Das Wort Zins wird auf so viele ganz verschiedene Fälle angewandt, für die verschiedene Voraussetzungen, Regeln und Lösungen gelten, so daß man sich mit diesem einen Wort nie ganz verständigen kann.

Das Konzept eines Wirtschaftsraumes ist ebenso irreführend wie das eines politischen Territoriums. Die Vielfältigkeit einer einzelnen Firma ist oft schon unübersehbar für einen einzelnen Beobachter, in ihrer Organisation, ihren Beteiligungen und Branchen, oft sogar in ihren Produkten, z.B. eine Firma produzierte über 200.000 verschiedene Arten von Kabeln.

Geld- und Währungsschöpfung sind schon sehr irreführende Begriffe. Nothing comes out of Nothing, war schon sprichwörtliche Weisheit unter den alten Römern. "Ex nihili nihil"? Schöpfung auf Silber- und Goldwertschöpfung anzuwenden ist besonders verrückt. Was man aussprechen oder ausschreiben kann macht deshalb noch nicht immer automatisch irgendwelchen Sinn. Die Alchimisten haben lang und vergeblich versucht diesen Traum zu verwirklichen.

Atomwissenschaftler könnten es jetzt machen - zu einem ganz unökonomischen Preis. Kein gesundes Zahlungsmittel und kein gesundes Wertmaß kann aus dem Nichts geschaffen werden. Das Zahlungsmittel, unter der Freiheit, wird immer an die Waren- und Dienstleistungslieferfähigkeit des Ausgebers oder des Kreises seiner Schuldner und Kunden, seiner Zahlungsgemeinschaft, gebunden sein, und das gewählte Wertmaß immer an das was freie Produzenten und Händler, Arbeiter und Konsumenten, für ihre Arbeits-, Kauf- und Schuldverträge für gut genug halten. Alle anderen Angebote würden sehr bald als ungenügend oder ganz enttäuschend abgelehnt werden, von einigen gleich, vom Markt allgemein oder bald. Einige verbleibende Dummköpfe, die den Markt nicht beachten und sich leicht betrügen lassen, wird es natürlich immer geben. Ihnen wird aber auch das "garantierte Staatsgeld" bald abgenommen.

Gold und Silber als ausschließliche Zahlungsmittel und Wertmaße hatten, zugeben, ihre Nachteile. Sie hätten keinem aufgezwungen werden sollen. Aber als freigewählte Zahlungsmittel, so weit vorhanden oder erreichbar, und als vereinbarte Wertmaße, hatten sie große Vorteile.

Schwierigkeiten kamen von ihrer Knappheit und von dem Verlangen von Gläubigern oder Gesetzgebern, alle Schulden in solchen Zahlungsmitteln oder Wertmaßen zu begleichen, ob das nun vereinbart war oder nicht. Solche Ansprüche sollten reduziert werden auf Verrechnungsansprüche, für alle Seiten so zufriedenstellend wie nur möglich, oder Ansprüche auf alternative Zahlungsmittel, zu einem vereinbarten Kurs, und auf Wertmaße, auf die man sich im voraus geeinigt hat. Keine aufgezwun-

# Tristan Abromeit

## Argumente gegen das Modell der konkurrierenden Währungen II

### Anmerkungen zu den Anmerkungen von Jörn Zube vom 6. 3. 1995

Es kann eine erforderliche Diskussion in einem libertären Blatt durchaus beschleunigen, wenn zu einem Beitrag gleich eine Kontraposition mit veröffentlicht wird, sofern nicht die Veröffentlichung einer Gegenposition dazu dienen soll, Leser vor Abwechslertum zu bewahren. Da espero ein freiheitliches Blatt und kein doktrinäres sein will, begrüße ich wegen der belebenden Wirkung die Mitveröffentlichung von Jörn Zubes Anmerkungen zu meinem Beitrag zum Thema konkurrierende Währungen.

Da mir Jörn Zube als Spezialist für konkurrierende Währungen vorgestellt wurde, vermute ich, daß er den Titel meines Beitrages wohl als persönlichen Angriff empfunden hat. Bei seiner schnellen Abwehrreaktion hat er das Ziel wohl vermissen. Ich konnte jedenfalls beim ersten Durchlesen seiner Anmerkungen gar nicht feststellen, daß er sich mit meinem Beitrag auseinandersetzt. Beim zweiten „Durchgang“ empfand ich ihn aber als einen guten Stichwortgeber. Das Eingehen auf alle Stichworte würde aber zum einen das Thema und zum anderen den Umfang eines Zeitschriftenartikels sprengen. Ich will mich daher hier auf wenige Anmerkungen beschränken. Ich habe die Hoffnung, daß Dritte in die eröffnete Debatte einsteigen.

Ich denke, daß die Menschen, die espero machen und lesen, sich schnell darüber einigen können, daß Lobhudelei kein geeignetes Mittel zum Erkenntnisfortschritt

Mehrheit der Menschen trotz Entmündigung die Geborgenheit und Zwangs-kollektive höher ein, als die besseren Möglichkeiten von freiwilligen Kollektiven, Föderationen etc. Für das Modell Freiheit/Wettbewerb muß also noch gewonnen werden. Es genügt aber nicht nur der Einsatz von glänzenden und schlüssigen Theorien, sondern Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, gute Erfahrungen mit dem Prinzip Wettbewerb zu machen. Wenn wir nun mit der „Mission“ für den Wettbewerb dort beginnen, wo das Risiko des Scheiterns - wie im Währungsbereich - am größten ist, dann lösen wir unter Umständen eine Sehnsucht, eine Fluchtbewegung aus, die zurück in Zwangskollektive führt. Und wir verbauen uns die Chance vielleicht 95% aller gesellschaftlichen Strukturen und Verfahren nach dem Wettbewerbsprinzip - also freiheitlich - zu gestalten. Auch ein gutes Prinzip kann man zu Tode reiten. Die Ge-

wisheit über die volle Leistungsfähigkeit kommt nach dem Training, nach der Erprobung im sicheren Revier, nicht vorher. Jörn Zube sollte außerdem meine Ausführungen nochmals lesen. Ich spreche nicht von der Geld- und Währungsschöpfung, sondern von der Geld- und Wertschöpfung. Weil eben im realen Gütersektor nichts aus dem Nichts geschöpft werden kann, sollte jede Geldschöpfung (Druck von Papier - oder Prägung von Metallgeld mit minimalen Gesteungskosten im Verhältnis zum Nennwert) unterbunden werden, die zu einer Wertschöpfung führt. Eine Voraussetzung einer funktionierenden und gerechten Währung ist nämlich, daß nicht mittels bedruckter Zettel die Leistung und das Eigentum anderer durch Nichtberechtigte angezapft werden kann. Wenn Jörn Zube dieses Problem im Modell der direkt konkurrierenden Währungen lösen kann, bin ich sein Mitspieler.

Schlussatz von den Anmerkungen von Jörn Zube

gene Einheitlichkeit. Für Geldarten und Verrechnungsmethoden und Wertmaße ebensowenig wie für Waren und Dienstleistungen, Kunstwerke, Mahlzeiten oder Bekleidung oder Freizeitbeschäftigungen.

Einheitlichkeit nur innerhalb von freiwilligen Vereinen. Die könnten lokal, national oder international sein, in einem dichten Netz, sich überlagernd wie Religionen.

\* Das neue Buch von Peter Kafka trägt den Titel: Gegen den Untergang - Schöpfungsprinzip und globale Beschleunigungskrise. Carl Hanser Verlag, 1994, 215 Seiten

# Das Schloß, die Stiftung und die Schuldnerberatung

Nach einem Bericht in der Neustädter Zeitung vom 17. Januar verhandelt der Landrat Eberhard Wicke schon zwei Jahre lang mit der Kreissparkasse Hannover über eine Kulturstiftung in der der Landkreis das Neustädter Schloß und die Kreissparkasse 20 Millionen Mark einbringen will. Der Hintergrund: Der Landkreis sucht wie fast alle Kommunen, Landkreise, Städte und Länder krampfhaft nach einer Minderung der Schulden und damit der Zinslast. Für die Kreissparkasse ist die Stiftungsidee nur eine von mehreren Maßnahmen, um die Diskussion um die Privatisierung (Verkauf) der Sparkasse(n) und der Landesbanken den Boden zu entziehen. Die Diskussion über den Verkauf der Sparkassen ist nicht aus einer überfälligen ordnungspolitischen Klärung unserer Ökonomie heraus entstanden, sondern nur durch das Diktat der leeren öffentlichen Kassen. Zu einer grundsätzlichen Erörterung der Situation ist die politische Klasse der BRD nicht willens und fähig, genauso wenig wie die Demokraten in der Weimarer Republik, die die Deutschen in die Arme der Nationalsozialisten getrieben haben. Die politische Flickschusterei muß ein Ende haben, sonst geraten wir am Ausgang dieses Jahrhunderts in die nächste gesellschaftliche Katastrophe.

Über die Stichworte Schloß Landestrost und Wölper Pfennig (ein Brakteat) gelangen wir in die Zeit des Mittelalters, der Zeit der Gotik, in der Kultur und Kunst nicht aus erpreßten Steuergeldern finanziert wurde, sondern aus Spenden, die aufgrund eines ständigen und hohen Arbeitseinkommens möglich waren. Der Brakteat, ein Dünnpfennig, der in unregelmäßigen Abständen aufgerufen wurde, hat damals eine Wirtschaft ohne Zins bei Vollbeschäftigung und geringer Arbeitszeit möglich gemacht.

Nachzulesen z.B. in: „Die Verwirkli-

chung des Menschen im sozialen Organismus“, von Lothar Vogel; „Das Geld in der Geschichte“, von Karl Walker und „Das Hochmittelalter - ein Geschenk des Geldwesens“, von Hans Weikamp.

Laßt und doch im Schloß zusammenkommen und prüfen, ob hier ökonomische Wegweiser für unsere Gegenwart zu finden sind.

Privatrechtliche Stiftungen zur Förderung von Kunst, Wissenschaft und Kultur sind grundsätzlich zu begrüßen, wenn sie aus Leistungsüberschüssen der Bürger gespeist werden. Sobald aber die Stiftungsaufgaben aus Zinserträgen finanziert werden, wird es problematisch. Die Installierung von Stiftungen zur Verschleierung der Unfähigkeit der Politik, ökonomische Probleme zu lösen und zur Verteidigung von Funktionsinteressen, ist schlichtweg verwerflich.

Maß muß verschiedene Nachrichten nur in einen Zusammenhang stellen, um den Unsinn heutiger Tagespolitik zu entlarven. Am 17. Januar d.J. wird berichtet das der Landrat auf eine Stiftung hinwirkt, die aus Erträgen der Kreissparkasse finanziert werden soll. In der Neustädter Zeitung vom 8. November 1995 war aus Anlaß der Eröffnung der Schuldnerberatungsstelle, die nach acht Jahren dauernden Verhandlungen eröffnet wurde, zu lesen: „Zugleich wies der Landrat in eine andere Richtung von Zuständigkeit und Verantwortung: Überall gebe es ein Verursacherprinzip, wenn sich Probleme stellten, rief er ins Bewußtsein. Wenn Bürger in Verschuldung und Überschuldung gerieten, mit Krediten nicht mehr fertig würden, seien das diejenigen, die einmal die Kredite angeboten und verliehen haben. Wicke hatte dabei die Banken im Blick, die auf ihre Vorteile bedacht gewesen seien und nach einer Gebührenordnung zur Kasse gebeten werden sollten, wenn Not zu lindern sei“.

Woher nimmt nun eine Sparkasse die Mittel für eine Stiftung? Natürlich aus den Ertragsüberschüssen. Wer sorgt dafür, daß Ertragsüberschüsse möglich werden? In der Hauptsache die Schuldner, denen von den Banken und Sparkassen geholfen werden soll, wenn sie unter der Schuldenlast zusammenzubrechen drohen. Die Logik dieser Politik ist, daß die „Habenichtse“, die auf Kredite angewiesen sind, die Denkmalspflege, Wissenschaft und Kultur zu finanzieren haben. Dabei subventionieren die Schuldner die Wohlhabenderen, die Guthabenkonten bei der Sparkasse unterhalten, gleich zweifach. Einmal wandern natürlich ein Gutteil der Schuldzinsen auf die Guthabenkonten der Einleger, und zum anderen wird dann das noch immer subventionsbedürftige Kulturangebot von den besser Betuchten vorrangig genutzt, weil den Schuldner meistens auch für nicht-kostendeckende Eintrittskarten kein Geld mehr bleibt. Zum Dritten tragen insbesondere die Schuldner die in den Preisen versteckte allgemeine Zinslast in Höhe von rund einem Drittel des Jahreseinkommens. Einen Nettozins ertrag hat höchstens 1/10 der Einkommensbezieher. Hier liegt gesellschaftspolitischer Zündstoff, weil wir hier einen ständigen Einkommenstransfer von arm nach reich haben.

Schlußbemerkung: Die Stiftung soll auch wissenschaftliche Forschungsarbeit finanzieren. Fragen: Wer entscheidet in unserer Stellvertreter Gesellschaft dann wohl darüber wer über was forschen darf? Wer glaubt, daß die Gelder, die die Schuldner aufbringen, dafür eingesetzt werden, daß die Last der Schuldner erleichtert wird? Werden dann nicht die Forschungsgelder für die Erhaltung unserer Parteien-Struktur-Konservatismus eingesetzt?

Mardorf Tristan Abromeit

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
31535 Neustadt

22. 2. 1996  
(Abschrift Juni 1996)

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
BAG Wirtschaft und Finanzen  
z.Hd. Frau Ingrid Brandenburg

12435 Berlin

- Teilnahme an BAG-Sitzungen
- zur Arbeit der BAG Wirtschaft und Finanzen
- Informationsaustausch

Sehr geehrte Frau Brandenburg,

im Info-Brief Nr. 4 ist ein Antwortbogen, mit dem angezeigt werden soll, ob der Empfänger weiterhin in der BAG W/F mitarbeiten will. Eine solche Anfrage halte ich für sinnvoll, weil sonst zu viele Karteileichen mitgeschleppt werden müssen.

Ich selber möchte nicht (mehr) mitarbeiten, obwohl ich eine Aufklärung der Bündnisgrünen über ökonomische Fragen dringender denn je betrachte und ich von Ihnen als Sprecherin der BAG W/F einen positiven Eindruck gewonnen habe. Die Erfahrung aus dem ersten Jahrzehnt der Partei, daß nämlich viele Grüne mehr an ideologischen Grabenkämpfen und ideologischer Denunziation als an Sacharbeit interessiert waren, trage ich wie eine schwere Last mit mir herum. Diese Erfahrung hemmt zwar die Motivation zum Mitmachen, ist aber nicht der eigentliche Grund für meine Absage.

Ich nenne drei Bündel von Gründen, die mir mein Nein als richtig erscheinen lassen:

I. Bevor ich Mitglied der Grünen Liste Umweltschutz und Gründungsmitglied der Europa-Grünen (sonstige politische Vereinigung) und der Partei DIE GRÜNEN wurde, habe ich viele Jahre in einem Wirtschaftsausschuß der FDP mitgearbeitet. Obwohl die Mitglieder lieb, gutwillig und tüchtig waren, hat die Arbeit nichts bewirkt. Dies hängt nach meiner Einschätzung mit der Konstruktion der Partei-Arbeitskreise, -Arbeitsgemeinschaften oder -Fachausschüsse zusammen. Auch wenn sie monatlich tagen würden, für eine wirkungsvolle Politikberatung der Parteimitglieder, die ein Mandat in einem Parlament haben, würde das auch nicht ausreichen. Und für eine effektive Vorarbeit für die Programmaussagen der Partei reicht das innerparteiliche Kräftepotential, das eine solche AG erreichen kann, nicht aus. Denn die Mehrzahl der Partei-

mitglieder tut immer noch so, als sei die Beschlußfassung über eine programmatische Aussage einer Partei ein Gesetzgebungsakt. Entsprechend wird gekämpft und nicht zugehört, was andere mühsam an Erkenntnissen erarbeitet haben. Programmatisch wirksam könnte die Arbeit einer Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft erst dann werden, wenn die Mehrzahl der Parteimitglieder die Ergebnisse der AG inhaltlich nachvollzogen und in den Grundzügen verstanden hat.

Einen Sinn könnte die Wirtschafts- und Finanz-AG dann erlangen, wenn ihre Mitglieder sich als das ökonomische Gewissen der Partei begreifen und unabhängig von Forderungen des Bundesvorstandes und der Fraktionen auf Bundes- und Europaebene die Problemfelder bearbeiten, die sie als vorrangig erkannt oder bestimmt haben. Die Zusammenkünfte dienen dann vorrangig der persönlichen Kontaktpflege, dem Erfahrungsaustausch bzgl. der Informationsbeschaffung und -Verarbeitung, der Festlegung der Themen und den Schlußberatungen der Ergebnisse und der Stellungnahmen. Ziel der BAG müßte es sein, für alle relevanten ökonomischen Probleme ohne Rücksicht auf ideologische Bauchschmerzen alle vorhandenen und denkbaren Lösungsansätze zu prüfen. Die eigentliche Arbeit müßten dann die Mitglieder zu Hause leisten, wobei der Kontakt untereinander und die arbeitsmäßige Unterstützung dann per elektronische Vernetzung geschehen könnte. Wesentlich wäre, daß ein solcher Ausschuß ein inner- und außerparteiliches, materiell abgesichertes Veröffentlichungsrecht erhält, das nicht durch ein Vetorecht eines Parteiorgans blockiert werden kann. Nach meiner Einschätzung läßt sich eine solche Arbeitsweise der dezentralisierten Kompetenz bei den Bündnisgrünen genauso wenig realisieren wie bei der CDU.

II. Eine wesentliche Einschätzung, die zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN geführt hat, war, daß die Summe der Bürgerinitiativen politisch nicht so viel heil machen, wie die Parlamente kaputt machen können. Auch wurde der bundesrepublikanische Parteienacker als unfruchtbar und festgefahren eingestuft. Um ihn aufzubrechen, mußte der Zugang in Form des 5%-Felsens erst einmal zur Seite geräumt werden. Um dieses zu ermöglichen und um eine neue Fruchtbarkeit (in Form von neuen Ideen) herzustellen, mußten politische Kräfte vereint werden, die sich bis dahin als Gegner verstanden hatten. Da eine Partei alten Typs aber als überholt galt und man überzeugt war, daß mit dem Links-rechts-Schema die Zukunft nicht mehr gestaltet werden konnte, wurde die Formel von der (gewollten) Vielfalt in der (gewollten) Einheit Die Grünen gefunden. Es war ein großer Akt der Liberalität. Nur waren besonders die Linken unterschiedlicher Prägung nicht in der Lage oder nicht willens, diese Formel mit Leben auszufüllen. Als West-Marxisten mitbekamen, daß die grüne Partei ihnen wesentlich bessere Chancen der Selbstdarstellung bot als ihre Frustecken und Schmollwinkel, in denen sie bis dahin gewirkt hatten, kamen sie zahlreich. Sie konnten aber ihre eingeübten politischen Verhaltensmuster nicht ablegen. Die Vielfalt in der Einheit wurde nur noch aus taktischen Gründen beschworen, wenn eine BDk sich zu spalten (und somit Machtverlust) drohte. Erst wurden die „Rechten“ um Gruhl rausgegrault. Die

Liberalen, die in der Zahl zu wenig waren, wurden mundtot gemacht, die Nur-Ökologen durchschauten das Spiel nicht oder waren den Vorgängen hilflos ausgesetzt. Die Faschismus-Vorwurf-Keule tat immer „gute“ Dienste. Und es gab sicher nicht wenige Mitglieder, die davon träumten, durch LDK- und BDK-Beschlüsse die Köpfe aller Grünen programmieren zu können und aus dieser aufstrebenden Partei eine ökologisch-marxistische machen zu können. Der später einsetzende Kampf zwischen den Realos und den Fundis war nur der Kampf zwischen den Vertretern des Modells „Öko-Sozialdemokratie“ und denen des Modells „Öko-Kommunismus“. (Und um einen Öko-Kapitalismus wurde auch noch gestritten.) Was haben wir nun gewonnen? Wenn die FDP auf der Strecke bleibt, ist die Situation wie vor der Parteigründung. Nur daß die Grünen als Edel-Sozialdemokraten eine stärkere Neigung zur den Alt-Sozialdemokraten (SPD) und eine geringere zu den Christ-Sozialdemokraten (CDU/CSU) haben. Und der Begriff Sozialdemokratie steht dabei für ein staatsinterventionistisches gesellschaftlich-ökologisches Deformierungssystem. Die Meyer-Werft mit den von ihr verursachten Umweltbelastungen und der Vulkan-Konzern, der statt Erträge einzufahren die Arbeitslosigkeit der betreffenden Regionen stark vermehrt hat, sind Symbole dieses Modells.

Am Beginn der Partei DIE GRÜNEN war eine ungeschriebene Übereinkunft vorhanden, daß der Weg in die Zukunft weg vom Zentralismus und systemlosen Staatsinterventionismus führen muß. „Dezentralität“ und „Parlamente der Betroffenen“ waren die Zielgrößen, die jedenfalls ich in der grünen Bewegung so geortet habe. (Und ich war damals hellwach, aber ohne taktisches und demagogisches Talent.) Daß damit ein marktwirtschaftlicher, föderativer Weg mit einer kybernetischen Steuerung vorgegeben war, war zu wenig bewußt. Mit der grünen Erstarrung wurde dann aus den Begriffen Dezentralität und innerparteilicher Demokratie (zwei sehr verschiedene Dinge) der verlogene Begriff „Basisdemokratie“ gebildet. Verlogen deshalb, weil er bewußt schwammig gehalten wurde und in der Folgezeit vor allem dazu diente, den jeweils eigenen Interessen die nötige Partei-Weihe als Voraussetzung der innerparteilichen Akzeptanz zu geben.

In der Gründungsphase der Partei habe ich zu Skeptikern der Parteigründung gesagt, wenn es mit den GRÜNEN tatsächlich schief geht, dann müssen wir in 10 Jahren eben eine neue Partei gründen. (Das stimmt so, auch wenn diese Aussage nicht in Dokumentationen über die Gründungszeit zu finden ist. Auch hier gilt: Sieger haben ihre eigene Sicht der Geschichte. Einschätzungen und Stimmungen lassen sich sowieso nur schlecht schriftlich festhalten. Natürlich war dabei meine Stimme nur eine im Chor vieler Stimmen.) Heute denke ich, daß die Gründung einer neuen Partei nichts bringt, weil das Modell „Parteiendemokratie“ seinem Ende entgegen geht. Aber wenn die heute politisch Aktiven mit der noch herrschenden Parteiendemokratie so weitermachen wie bisher und nicht nach Alternativmodellen suchen, dann haben wir wieder einmal die Seite im Buch DEMOKRATIE erreicht, wo nur das Wort ENDE steht.

Die Ökonomie ist ein wesentlicher Teil der Gesamtgesell-

schaft, aber nicht unabhängig von ihr. Eine fruchtbare Arbeit kann ein Arbeitskreis Ökonomie nur dann leisten, wenn die Mitglieder eine gemeinsame Einschätzung der Problemlage erarbeitet haben und wenn sie sich einig sind, ob sie ihre Lösungen in der ökonomischen Himmelsrichtung Zentralismus oder Dezentralismus suchen wollen. Beide Richtungsentscheidungen sind möglich, aber beide Entscheidungen haben auch ihre unterschiedlichen Konsequenzen, ein bißchen in diese Richtung und ein bißchen in die andere bringt nur Konfusion.

Freunde, die wie ich innerhalb der Bündnisgrünen für einen marktwirtschaftlichen, freiwirtschaftlichen, föderativen Weg eintreten, meinen, man müsse mit den Parteifreunden Geduld haben und mit unseren bescheidenen Möglichkeiten nachhaltig Einfluß nehmen. Meine Einstellung dazu ist:

1. Genausowenig, wie ein Psychotherapeut einem seelisch leidenden Menschen helfen kann, wenn er die Hilfe ablehnt, genauso wenig können den Mitgliedern einer Partei neuen Inhalte vermittelt werden, wenn bei ihnen die Bereitschaft zur Aufnahme neuer Politikansätze fehlt.

2. Wir kennen alle die Diskussion um das Zitat „Soldaten sind Mörder!“. Die Aussage, „Parteimitglieder und die aus ihrer Mitte sich rekrutierenden Politiker sind Mörder!“, ist viel treffender, auch wenn sie nicht im Töten ausgebildet werden. Denn die „Politiker“ schaffen die Grundlagen, die Situationen, in denen die Soldaten in Aktion treten.

Die wesentlichsten Ursachen für Kriege sind nicht Weltanschauungen, auch nicht solche mit Rassenwahncharakter, sondern ökonomische und strukturelle Verwerfungen und Unzulänglichkeiten. Wenn heute in Tschetschenien gestorben wird und im Ex-Jugoslawien nur ein Zwangsfriede herrscht, der die Ursachen der dortigen Kriege nicht beseitigt hat, dann hat das viel mit der westlichen Politikberatung zu tun. Daß die westliche bundesrepublikanische Einflußnahme z.B. auf Rußland und die Nachbarländer so jämmerlich - für den Frieden und die Entwicklung der Demokratie so gefährlich - ist, ist auch ein Verdienst der Grünen, die 1 ½ Jahrzehnte die Darlegung und Entwicklung von ökonomisch-gesellschaftlichen Alternativmodellen torpediert hat. Ihre Wirkung war vorrangig antiaufklärerisch. Die Behinderung der Entwicklung und Installierung von Alternativen in der Ökonomie hat Millionen das Lebensglück oder das Leben selbst gekostet. Die Wirkungen der ökonomischen Verhinderungs- und Vernichtungsmaschinerie, die nach dem zweiten Weltkrieg gewirkt hat, stellt jene, die von den Nazis betrieben wurde, in den Schatten. Nur wenn wir Grünen die Größe aufbringen, weniger unserer Altvordern mit Schuldzuweisungen zuzudecken, anstatt die Ursachen in den Strukturen zu suchen, und dafür mehr unsere eigene Schuld ins Visier nehmen, wird der Weg für eine parteiinterne Wende frei. Es ist keine feine Art, Verhaltensänderungen initiieren zu wollen durch die Weckung von Schuldgefühlen. Ich sehe für mich aber keine andere Möglichkeit, die lieben Parteifreunde von ihrem hohen

und gefährlichen Roß herunter zu holen. Es ist leider dabei nicht zu vermeiden, die Mitglieder aus den neuen Bundesländern in diese politische Haftungsgemeinschaft mit einzubeziehen, obwohl die Dinge, die ich hier beschrieben habe, in der Hauptsache eine Angelegenheit der West-Grünen sind.

III. Zu Zeiten, als ich mich in der FDP getummelt habe, und in der Aufbauphase der GRÜNEN haben meine inzwischen 4 großen Kinder aus erster Ehe in mehrfacher Hinsicht für mein Engagement zahlen müssen. Meine 3 Kinder aus zweiter Ehe haben auch schon ihr Päckchen für meinen politischen Einsatz zu tragen. Ich möchte es nicht noch vergrößern. Meiner Rolle als Hausmann würde ich bei einer größeren Präsenz in den Parteigremien, wie es die BDK auch eines ist, noch weniger gerecht als jetzt. In meiner aktiven Phase bei den Grünen war es selbstverständlich, daß die Mitglieder Fahr- und Übernachtungskosten bei Zusammenkünften der verschiedensten Art selber trugen. Wir sind per Anhalter gefahren und haben auf harten Fußböden oder in Betten, die von Sympathisanten zur Verfügung gestellt wurden, geschlafen. Inzwischen mögen meine müden Knochen keine harten Fußböden mehr. Heute sollen die Kosten ja via Parteikasse vom überschuldeten Staat bezahlt werden. Ich möchte aber von einer Partei, die dem Verfassungsraub (das Recht des Volkes auf Formulierung und Beschluß einer Verfassung als Grundlage der Demokratie) keinen echten Widerstand entgegengesetzt hat, kein Geld entgegennehmen, und von meiner Rente kann ich die Teilnahmekosten nicht finanzieren.

Was ich aber gerne möchte, ist, daß ich weiterhin die Einladungen zu und die Protokolle über die Sitzungen der BAG W/F erhalte. Ich bin dann in der Lage, die Diskussion etwas zu verfolgen und gelegentlich einen schriftlichen Beitrag zu dem einen oder anderen Thema beizusteuern. Aus diesem Grunde sende ich Ihnen heute als Anlage für die Mitglieder der BAG W/F folgende Unterlagen:

1. den ersten Teil einer Ausarbeitung zum Thema „Europäische Währungsordnung“. Er wurde veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Dritte Weg“ 2/96. Die beiden Fortsetzungen erscheinen in den Ausgaben 3/96 und 4/96. Sie können über den Redakteur Wilhelm Schmülling, Ertstr. 57, 45219 Essen bezogen werden. Ich hätte den Text gerne in einer Zeitschrift der Grünen veröffentlicht. Meine Einschätzung ist aber, daß ich bei der FAZ mit einem Beitrag zur Notwendigkeit der Bodenrechtsreform keine schlechteren Chancen gehabt hätte. (Im übrigen habe ich eine Kopie der ersten Fassung an Jens Dörschel in der Annahme geschickt, er sei Sprecher der der BAG W/F geworden. Ich weiß nicht, ob er den Text weitergeleitet hat.);

2. meine Auseinandersetzung mit Jens Dörschels Darstellung der Freiwirtschaft in seiner Schrift „Ökologie und Marktwirtschaft“ aus meiner Textsammlung „Rechtstendenzen in der Freiwirtschaft, im Modell die Natürliche Wirtschaftsordnung? (Eine Auseinandersetzung mit den Unterstellungen der westdeutschen Linken und eine Selbstvergewisserung)“ vom Januar 1995, die bisher nur

in einigen Kopien umläuft (Ich füge eine Gesamtübersicht bei);

3. eine Einladung zu einem Symposium „Geld oder Leben“ von einem Institut für angewandte Ethik in Österreich (A-1040 Wien -Pressg. 1/3, Telf. 0043-158 74226). Der Einladung ist eine Diskette beigefügt, auf der zwei Texte zur Ökonomie gespeichert sind. Das Institut und die Autoren kenne ich nicht. Der Verfasser des Textes „Kommt erst noch ein soziales Christentum“, Ernst van Loen ist 1911 geboren. Es ist erstaunlich, daß man mit 85 Jahren noch so Kämpferisch aus christlicher Sicht gegen den Kapitalismus argumentieren kann;

4. einen Leserbrief von mir mit dem Titel „Die Sparkassen als Erfüllungsgehilfen einer verfehlten Währungspolitik“. Ob die Hannoversche Allgemeine Zeitung ihn abdrucken wird, weiß ich im Zeitpunkt dieser Niederschrift nicht;

5. einen Leserbrief von mir mit dem Titel „Das Schloß, die Stiftung und die Schuldnerberatung“;

6. einen Beitrag zur „Sozialagentur“; (nicht fertig / folgt später)

7. meine Schrift vom 1 Mai 1982 zur Berufsbildung mit dem Titel „Die Freie Berufsbildungs-Assoziation - ein möglicher Ausweg aus Hoffnungslosigkeit“. Die Schrift kann gegen einen Beitrag für meine Portokasse in einer größeren Stückzahl bei mir angefordert werden. (Ich füge bei, die von mir formulieren „THESEN zur grünen Bildungspolitik“ 2/84)

Meine Schriften „**Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung** - ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung - erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken“ (56 Seiten) und „**Darauf kommt es an!** - Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR - gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung - für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ vom Dezember 1989 (100 Seiten) dürften auch noch für die heutige Zeit Anregungen enthalten. Ich vermute, daß diese Schriften noch über das Mitglied von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN **Georg Otto, Gänseberg, 31079 Eberholzen (Tel.05065(8132) zu beziehen sind.**

Ich wünsche Ihnen für Ihre politische und berufliche Arbeit die erforderliche Kraft und hoffe, daß sich wenigstens hin und wider auch Freude daran einstellt.

Ich bitte Sie, den BAG W/F-Mitgliedern mit der nächsten Post Kopien meines Schreibens (und nach Möglichkeit auch der Anlagen) beizufügen.

Meinem Orts-, Kreis- und Landesverband und den bündnisgrünen Fraktionen im Nieders. Landtag und im Bundestag sende ich je eine Kopie dieses Schreibens zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

TA